

Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise ist nicht eine vermeintlich zu hohe Steuerbelastung der Wirtschaft in Deutschland – diese bewegt sich im europäischen Mittelfeld –, sondern der Zusammenbruch einer globalen, nicht regulierten, von der Realwirtschaft völlig abgekoppelten Finanzindustrie. Eine Reihe von Maßnahmen zur Vermeidung solcher Krisen sind in der Diskussi-

on, alle haben mit mehr Regulierung und Stärkung der Aufsicht zu tun. In den Empfehlungen des Bankenverbandes „Zur Wirtschaftspolitik in der nächsten Legislaturperiode“ sucht man aber vergeblich nach selbstkritischen Äußerungen zu den Ursachen der Krise im Bankenbereich. Der Vorschlag, die Gewerbesteuer abzuschaffen, taucht allerdings noch vor den sehr allgemein gehaltenen Äußerungen zu Maßnahmen zur Stabilisierung des Bankensektors auf.

Zurückhaltend kommentiert, löst diese Prioritätensetzung einige

Verwunderung aus. Denn es kommt im Gegenteil darauf an, die Kommunen finanziell zu stärken, weil sie einen erheblichen Teil der Folgen der Banken- und Wirtschaftskrise – etwa durch steigende Sozialausgaben – zu bewältigen haben. Den Kommunen eine ihrer Hauptsteuerquellen nehmen zu wollen, macht generell, aber gerade auch jetzt gar keinen Sinn.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat mit dem Absturz der Steuereinnahmen spätestens seit dem vierten Quartal des Jahres 2008 die Städte erreicht. Dem Rückgang der Einnahmen steht ein deutlicher Anstieg der Sozialausgaben gegenüber. Die Unwucht in den kommunalen Haushalten zeigt sich seit langem darin, dass die kommunalen Investitionen immer stärker von den sozialen Leistungen verdrängt wurden: Der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben hat sich seit 1970 um zwei Drittel ver-

ringert, der Anteil der sozialen Leistungen hingegen mehr als verfünffacht.

Das Zukunftsinvestitionsgesetz mit seinem kommunalen Investitionsprogramm ist so auch Ausdruck der Erkenntnis der Bundespolitik, dass der Verfall der kommunalen Infrastruktur, etwa bei Bildungseinrichtungen, ein ernsthaftes nationales Problem ist. Wünschenswert wäre, dass diese Erkenntnis nicht nur in Krisenzeiten zu Taten führt.

Die finanzielle Basis der kommunalen Selbstverwaltung erodiert weiter. An diesem Befund hat auch das so drastisch beendete dreijährige „Zwischenhoch“ bei den Kommunalfinanzen von 2006 bis 2008 nichts geändert, denn ihm stehen seit 1991 – mit Ausnahme eines noch viel schwächer ausgefallenen Überschusses im Zeitraum von 1998 bis 2000 – ausschließlich negative Finanzierungssalden gegenüber.

In der letzten kurzen Erholungsphase konnten zwar viele Städte Schulden abbauen und wieder investieren. Aber auch in den drei guten Jahren gelang es einer großen Zahl von Kommunen nicht, ihre Haushalte zu konsolidieren. Indiz für die auch in dieser Zeit unverändert bestehenden Probleme in vielen Städten sind die weiter gestiegenen Kassenkredite. Gerade diesen meist strukturschwachen Kommunen droht bei erneuten Einbrüchen bei den Einnahmen kombiniert mit steigenden Sozialausgaben der finanzielle Absturz.

Deshalb bleiben Reformmaßnahmen zur Gewährleistung einer aufgabengerechten Finanzausstattung für die Kommunen weiter auf der Tagesordnung. Besonderen Handlungsbedarf gibt es bei der Verbesserung der kommunalen Steuerkraft – etwa durch eine weitere Stärkung der Gewerbesteuer und eine Reform der Grundsteuer, bei der Entlastung von Sozialausgaben sowie bei der Sicherung des Konnexitätsgrundsatzes.

*Monika Kuban
Ständige Stellvertreterin
des Hauptgeschäftsführers
des Deutschen Städtetages*



Krisenzeiten brauchen stabile Kommunen